



AKTIV FÜR CHANCEN GLEICHHEIT

Gegen Hass und Gewalt

4/2022

„Wenn wir vereint vorankommen, gewinnen wir alle!“

Interview mit Staatsministerin Reem Alabali-Radovan

Reem Alabali-Radovan (SPD) ist Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Die 32-Jährige wurde als Kind irakischer Eltern in Moskau geboren und ist 1996 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen. Seit 2021 ist die Politikwissenschaftlerin Mitglied des deutschen Bundestags. Wir sprachen mit ihr über die vielen Facetten einer wirksamen Bekämpfung von Rassismus.

Gelbe Hand: Rassismus sei Alltag in Deutschland, lesen wir in der aktuellen Studie „Rassistische Realitäten“¹ des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Die Autor*innen betonen auch, dass es nachhaltige Strukturen für die Bekämpfung von Rassismus brauche. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus für Ihre Arbeit?

Reem Alabali-Radovan: Wir müssen an die Strukturen ran! Rassismus fängt im Alltag mit Blicken und Sprüchen im Bus an, aber es geht auch um die Denkmuster, unfaire Bewerbungsverfahren und

verkrustete Strukturen in Behörden. Das gehe ich in der Bundesregierung zum Beispiel mit einer Diversitätsstrategie an, für faire Personalgewinnung und -entwicklung im öffentlichen Dienst. Der Staat muss hier Vorbild sein. Ebenso stärken wir deutschlandweit die Antirassismus-Arbeit. Endlich kommt jetzt das Demokratiefördergesetz – dafür hat sich auch die Gelbe Hand eingesetzt, damit wir die Arbeit der Engagierten für unseren Zusammenhalt langfristig und nachhaltig stärken.

2020 hat Bundespräsident Steinmeier gesagt: „Es reicht nicht aus, ‚kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“ Wenn wir uns alle als solche bezeichnen sollen, warum brauchen wir noch eine Beauftragte für Antirassismus?

Reem Alabali-Radovan: Wir brauchen mehr Unterstützung für die Betroffenen. Es geht um Respekt und Augenhöhe. Dazu gehören auch mehr Präventionsarbeit, politische Bildung und laute Sichtbarkeit gegen Rassismus. Wir müssen uns viel stärker mit Rassismus in unserer Gesellschaft auseinandersetzen, mehr sensibilisieren. Das ist eine Generationen-Aufgabe und unverzichtbar für ein modernes, solidarisches Deutschland im 21. Jahrhundert! Das steht auf meiner Agenda, dafür arbeite ich in der Bundesregierung.



Staatsministerin Reem Alabali-Radovan



Romin Khan, stellvertretender Vorsitzender des Kumpelvereins

Liebe Freundinnen und Freunde,

wer Rassismus benennt und anspricht, eckt an, ermutigt aber auch andere, es ebenso zu tun. Gleichgültigkeit ist keine Option, wenn wir eine solidarische und diskriminierungsarme Gesellschaft anstreben. Klar ist: Wer Unterstützung erhält, hat mehr Mut, sich zu wehren. Denn dass Diskriminierung ertragen wird, hat häufig mit dem Gefühl von Machtlosigkeit und fehlendem Wissen über die eigenen Rechte zu tun. Mit Ferda Ataman wird nun eine Kollegin Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die eine klare Haltung einnimmt. Sie würde spalten und polarisieren, war ein häufig gehörter Vorwurf gegen sie, der jedoch ins Leere läuft. Spalten und polarisieren tun diejenigen, die Rassismus verbreiten oder ihn verharmlosen und nicht diejenigen, die ihn klar benennen. Ataman weiß, wie wichtig es ist, dass die Rechte zum Schutz vor Diskriminierung aktiv umgesetzt und gelebt werden – besonders in der Arbeitswelt und im Sinne der Betroffenen. Das unterstrich sie im letzten Jahr als Referentin des Kumpelvereins bei unserer Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Rassismus. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr und der neuen Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus und Integration, Reem Alabali-Radovan, die wir als neues Fördermitglied des Kumpelvereins begrüßen.

Euer Romin für den gesamten Vorstand des Kumpelvereins



¹DeZIM (2022): Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), Berlin. www.rassismusmonitor.de

Wenn wir über Rassismus sprechen, müssen wir immer die digitale Kommunikation mitdenken. Wo sehen Sie den Staat in der Pflicht, Bürger*innen vor Hass und Hetze im Netz zu schützen?

Reem Alabali-Radovan: Der Staat muss online und offline den respektvollen Meinungsaustausch schützen. Wer im Netz beleidigt und bedroht, muss Konsequenzen spüren. Darum das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, darum die Verpflichtung für Anbieter großer Netzwerke, strafbare Inhalte nicht nur zu löschen, sondern dem Bundeskriminalamt zu melden. Wir arbeiten am Gesetz gegen digitale Gewalt, damit Betroffene umfassende Beratung finden und ihre Auskunftsrechte gestärkt werden. Zudem fördere ich Initiativen, die online gegen den Hass kämpfen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Umgang mit Hate Speech empowern.

Als Gelbe Hand sagen wir, dass ein gutes Betriebsklima nicht bedeutet, dass wir Probleme mit Rassismus unter den Teppich kehren, sondern diese im Vorfeld identifizieren und verhindern. Welche Bedeutung haben gewerkschaftlich Aktive sowie Betriebs- oder Personalräte für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt?

Reem Alabali-Radovan: Das ist unglaublich wichtig! Ihr steht präventiv und korrektiv ein für Gleichberechtigung und Chancengleichheit in den Branchen und Betrieben, auch in der Öffentlichkeit mit bemerkenswerten, starken Aktionen.

Damit Herkunft kein Schicksal ist, weder die soziale noch die geografische.

Laut dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist Diskriminierung in der Arbeitswelt verboten. Staatliche Stellen sind zudem an das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes gebunden. Statistiken der Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder Berichte von Betroffenen lassen jedoch an der Wirkung dieser Verbote zweifeln. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Reem Alabali-Radovan: Vor allem bei der Durchsetzung dieser Rechte. Wir werden das AGG jetzt evaluieren, um Schutzlücken zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten. Die Durchsetzung braucht aber auch ein entsprechendes Umfeld, für das wir uns alle gemeinsam einsetzen müssen. Es kann nicht sein, dass Menschen am Arbeits- oder Wohnungsmarkt tatsächlich immer noch strukturell diskriminiert werden.

In Reden haben Sie mehrfach betont, dass der Staat keine Rechtsextremen in seinen Reihen dulden darf. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um angesichts vieler Skandale – etwa in den Spezialeinheiten der Bundeswehr – gegen rechte Netzwerke vorzugehen?

Reem Alabali-Radovan: Die Bundesregierung kämpft entschlossen gegen Verfassungsfeinde, auch innerhalb der



Reem Alabali-Radovan (Mitte) zu Gast am Stand der Gelben Hand auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2022.

Bundesverwaltung. Der Aktionsplan gegen Rechtsextremismus sieht genau das vor. Mit Änderung des Bundesdisziplargesetzes werden wir Verfahren beschleunigen und die bestehenden Instrumente im Beamtenrecht stärken. Verfassungsfeinde müssen konsequent aus dem Staatsdienst entfernt werden.

Wie schaffen wir den Wandel zu einer rassismusbekämpfenden und – gerne können Sie uns Träumer*innen nennen – zu einer rassismusfreien Gesellschaft?

Reem Alabali-Radovan: Der Wandel wird gelingen, wenn wir schaffen, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht nur Realität, sondern endlich überall auch Normalität wird. In Politik und Parteien, Medien, Unternehmen und Gewerkschaften. Dazu müssen wir die Schubladen öffnen, die die Menschen einteilen in sogenannte Migrationshintergründe, in Ost und West, mit und ohne Handicap. Das trennt, was zusammengehört. Wenn wir da vereint vorankommen, gewinnen wir alle.

Neue Fördermitglieder

Wir können uns wieder über Zuwachs freuen! Gegen Rassismus und für Gleichbehandlung engagieren sich künftig zusammen mit uns:

Yusuf As, ver.di, IG BAU, BV-Didf, Köln; **Maiko Finnen**, GEW, Bundesvorsitzende, Bielefeld; **Sven Hummel**, GdP, stellvertretender Landesvorsitzender, Klingenmünster; **Jonathan Köhler**,

IG BCE, Wuppertal; **Martin Rosemann**, MdB, Tübingen; **Julia Stenzniewski**, EVG, OV-Vorsitzende München, München; **Ljubomir Stokrp**, IG BAU, Vorstand Bundesfachgruppe Gebäudereinigung, Bonn; **Jörg Zimmermann**, Frankfurt

Herzlich willkommen und vielen Dank für eure Unterstützung!



Geflüchtete ins Bildungssystem integrieren

GEW sieht Bildungssystem vor großen Aufgaben

„Bildung. Weiter denken!“ lautete das Motto des außerordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vom 21. bis 24. Juni in Leipzig. Dort forderte die Bildungsgewerkschaft Bund und Länder auf, die Voraussetzungen zu schaffen, um geflüchtete Kinder und junge Menschen schnellstmöglich in Kitas, Schulen, Hochschulen und berufliche Qualifizierung aufzunehmen.



Die Vorsitzende der GEW, Maïke Finnern (Mitte), mit Dr. Klaudia Tietze und Lenard Suermann vom Kumpelverein.

„Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“, so die GEW-Vorsitzende Maïke Finnern. Kitas, Schulen und Bildungsträger benötigten dringend mehr finanzielle Mittel für Fachkräfte,

Räume und Ausstattung, um ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot zu ermöglichen. Die GEW sprach sich zudem dafür aus, dass pädagogische Fachkräfte aus allen Ländern – nicht nur aus der Ukraine – schnell und niedrigschwellig ein Beschäftigungsangebot an Schulen und Kitas erhalten sowie dass diskriminierende Hürden bei der Anerkennung internationaler Berufsqualifikationen abgebaut werden. Dabei müssten ihre entsprechenden Qualifikationen unbürokratisch anerkannt und eventuell notwendige (Nach-)Qualifizierungsmaßnahmen in ausreichender Anzahl angeboten werden. Auch den Antrag „Den Diskriminierungsschutz stärken und die rassismuskritische Bildungsarbeit voranbringen“ nahmen die Delegierten mit wenigen Änderungen an.

 www.gew.de/gewtag22

Für Solidarität und Gute Arbeit

ver.di-Handlungshilfe gegen Rassismus im Betrieb erschienen

Rassismus verhindert Gute Arbeit. Weder in der Gesellschaft noch im Betrieb darf er eine Chance haben, sich auszubreiten. Viele Befragungen und Untersuchungen zeigen, dass in der Realität das Gegenteil der Fall ist und im Arbeitsleben das größte Risiko besteht, diskriminiert zu werden.



Welche rechtlichen Möglichkeiten haben Betriebs- und Personalräte, um Diskriminierung zu verhindern, was kann aus der Black-Lives-Matter-Bewegung für den betrieblichen Alltag gelernt werden und wie können Aktive der Gewerkschaften zu Verbündeten für mit Rassismus

konfrontierten Kolleg*innen werden? Basierend auf Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis gibt die Anfang Juni erschienene ver.di-Handlungshilfe praktische Empfehlungen und Hilfen an die Hand, wie ein respektvoller Umgang mit diesem wichtigen Thema geschaffen werden kann: für ein Betriebsklima, das von Solidarität und Guter Arbeit für alle Beschäftigten geprägt ist.

 [Die Handlungshilfe online handlungshilfe-gegen-rassismus.verdi.de](http://DieHandlungshilfeonline.handlungshilfe-gegen-rassismus.verdi.de)

Termine

12.08.22: Seminar für die DGB Jugend Brandenburg

17.08.22: Infostand bei der Betriebsrätekonferenz der IG BCE Alsdorf

26.08.22: Workshop beim Bezirksfrauenausschuss IG BCE Münster/Bielefeld

12.–15.09.22: Infostand beim Bundeskongress der GdP

17.09.22: Infostand bei der Bezirkskonferenz von ver.di Weser-Ems

24.09.22: Infostand bei der Delegiertenkonferenz von ver.di Bremen

26.–29.09.22: Infostand beim 23. Ordentlichen Bundeskongress IG BAU

4.10.22: Workshop für das Demokratiezentrum Saarland

10.–11.10.22: Seminar im Bildungszentrum Kirkel

15.10.22: Infostand bei der Recklinghäuser Tagung

16.–20.10.22: Infostand beim 3. Ordentlichen Gewerkschaftstag der EVG

21.–22.10.22: Workshop für die IG BCE Mittelhessen/U-27

26.–27.10.22: Seminar für die NGG Schleswig-Holstein

„Unser Eid“

Online-Aktion der Jungen Gruppe

Die Junge Gruppe, Jugendorganisation der Gewerkschaft der Polizei (GdP), will mit einer Mitmach-Kampagne im Internet zeigen, dass es ihnen bei ihrer Arbeit um Respekt, Verantwortung und Gerechtigkeit geht. Die GdP-Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto sagt: „Uns als Junge Gruppe ist es wichtig klar zu machen, für was für eine Polizei und welche Werte wir eintreten. Wir stehen für eine Polizei, bei der die Bürger*innen wissen – wenn sie einschreitet, dann geschieht dies nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen. Das heben wir mit unserer Mitmach-Kampagne nochmals hervor. Unser Eid – auf Grundlage des Grundgesetzes – verbindet uns. Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es in unserem Grundgesetz, und dieses gilt es zu schützen. Dafür stehen wir mit unserem Eid Tag für Tag aufs Neue ein. Immer und überall. Heute und in Zukunft.“

 www.unsereid.de